

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Cleverung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Postzeile oder deren Raum 50 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 262.

Donnerstag, den 7. November 1918.

25. Jahrg.

Friedensbereitschaft der Geener.

Wilson's neue Note an Deutschland.

Die Ursachen unserer Mißstimmung.

Wie ein stidiger Nebel liegt die Mißstimmung über allen Schichten unseres Volkes. Nirgends ist mehr eine Spur jener Begeisterung zu entdecken, die uns in den Augusttagen des Jahres 1914 durchglühte. Zwischen Furcht und Hoffnung schwankt das deutsche Volk dahin und mit trüben Blicken schaut es in die Zukunft. Es ist Kriegsmüde und ersehnt den Frieden, weil es die Lasten und Opfer des Krieges nicht mehr zu tragen vermag. Allerdings hofft es noch immer, daß sich ein Frieden erzielen lasse, der auf dem Recht und der Verständigung beruht, aber im schlimmsten Falle ist es bereit, dem Feinde weitgehende Zugeständnisse zu machen. Die Siegeszuversicht, in die es noch vor wenigen Wochen eingewiegt wurde, ist verschwunden, und die nüchternen, schmerzliche Wirklichkeit zeigt ihr unerbittlich strenges Angezicht.

Die Ursachen dieser weitverbreiteten Mißstimmung liegen klar zutage. Abgesehen von der überlangen Dauer des Krieges und den seelischen Erschütterungen, die das blutige Ringen mit sich gebracht hat, sind es besonders die mißlichen Zustände im Innern unseres Landes, die einen niederdrückenden Einfluß ausgeübt haben. Die maßgebenden Personen und Stellen, denen es scheinbar an jeglichem Verständnis für die Regungen der Volksseele fehlt, haben alles getan, um die Stimmung der Volksmassen zu vernichten. Sie haben die Erwartungen des Volkes mit Füßen getreten und das Vertrauen geradezu gemordet. Sie glaubten in ihrem Uebermut, den Unterworfenen alles bieten zu dürfen, und als die schlimmste Gefahr vorüber war, segelten sie im alten Kurs weiter, ohne Rücksichtnahme auf die steigende Empörung der Massen. Jetzt, da sich das Kriegsglück gewendet hat, kriechen sie bleich und feige zu Kreuze und betteln beim Volke um Schutz und Hilfe. Nun wird es aber wohl zu spät sein, und die Oberschichten müssen die Folgen tragen.

Als der Krieg ausbrach und alle Schichten unseres Volkes zum Schutze des von Feinden umlagerten Vaterlandes einmütig zusammenstanden, schien es eine Zeitlang, als wollte man den Klassengegensatz zurückdrängen und das Allgemeinwohl in den Vordergrund schieben. Der Gleichheitsgedanke sollte verwirklicht werden: es sollte die wirtschaftliche Gleichheit, die gleiche soziale Wertung und die politische Gleichberechtigung zur Durchführung gebracht werden. Man sprach von einem „Kriegssozialismus“, der unser öffentliches und privates Leben durchsäuere und uns zu einem einig Volk von Brüdern machen wolle. Zu dem Zwecke forderte man die gerechte Verteilung der vorhandenen und noch zu beschaffenden Lebensmittel, damit alle Volksgenossen, ob hoch oder niedrig, ob reich oder arm, die gleichen Entbehrungen tragen. „Es ist nicht nötig“, so lautete der Grundsatze, „daß während des Krieges viel Geld verdient wird. Die Hauptsache ist, daß jedem Volksgenossen sein Existenzminimum gewährleistet wird.“ Sodann forderte man, daß jeder Mensch, der seine Pflicht tut, geehrt und geachtet, und in keiner Weise mehr zurückgesetzt werde, daß für jeden Tüchtigen freie Bahn geschaffen, daß jeder Standesunterschied fallen müsse. Endlich wurde noch die Demokratisierung in Staat und Gemeinde gefordert, damit auch die Unterworfenen die Möglichkeit bekämen, die Leitung ihrer Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Wahrlich schöne Gedanken, wunderbare Versprechungen, aber leider blieb die Verwirklichung aus! Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft besaß weder den ernstlichen Willen, noch die Kraft, die Klassengegensätze zu beseitigen, und der Staat blieb seiner Rolle als Schildknappe des Kapitals treu. Es bildeten sich Verhältnisse heraus, die dem Gemeinheitsgeist geradezu ins Gesicht schlugen und dem sozialistischen Gedanken Hohn sprachen. Der „Kriegssozialismus“ wurde zu einer Karikatur auf den wahren Sozialismus, dessen Wesen Gerechtigkeit und Menschenliebe ist; er entwickelte sich immer mehr zu einer Mißgeburt aus Habgier, Selbstsucht, Hochmut und Herzlosigkeit.

Wir alle wissen, wie sich die Verhältnisse bei uns im Laufe der Zeit entwickelt haben. Auf wirtschaftlichem Gebiete machte sich die Jagd nach dem Mammon ohne Verhütung breit. Die Kriegslieferanten jagten Riesengewinne ein, die Agrarier schwammen im Gelde, die Wucherer und Schleichhändler verdienen Geld wie Heu, aber in den Unter- und Mittelschichten wohnt die Armut und die bleiche Sorge, wobei obenhin noch über die unverschämten Ansprüche und die „hohen Löhne“ der Arbeiter gekimpft wurde. Ohne Scham und Scheu trugen die Kriegsgewinnler und Kapitalsproben den leichtermordenen Reichtum zur Schau, sie trieben einen sinnlosen Luxus und fronten einer schrankenlosen Genußsucht, während die Volksmassen Not lit-

Staatssekretär Lansing hat in einer Note vom 5. November durch die Vermittlung des schweizerischen Geschäftsträgers der deutschen Regierung folgende Mitteilung zukommen lassen:

In meiner Note vom 22. Oktober habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel mit der deutschen Regierung den Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten assoziiert sind, übermittelt hat. Es wurde Ihnen anheimgegeben, falls die Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen, und Grundrissen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und diejenigen der Vereinigten Staaten zu ersuchen, in diesen Deutschland und seinen verbündeten Regierungen die notwendigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt. Der Präsident hat nun ein Memorandum erhalten, in welchem die verbündeten Regierungen zu seinem Notenwechsel Stellung nehmen und das etwa folgendermaßen lautet:

Die verbündeten Regierungen haben sich sorgfältig mit dem Notenwechsel, der zwischen dem Präsidenten und der deutschen Regierung erfolgt ist, beschäftigt. Sie erklären nach den ihnen gewordenen Mitteilungen ihre Bereitwilligkeit, auf Grund der Bedingungen, die der Präsident in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegt hat und auf Grund der Prinzipien, die in seinen folgenden Reden zum Ausdruck kommen, mit der deutschen Regierung Frieden zu schließen.

Die verbündeten Regierungen weisen darauf hin, daß Punkt 2, der sich auf die Freiheit der Meere bezieht, verschiedene Auslegungen fähig ist, wie sie die verbündeten Regierungen nicht annehmen können. Sie müssen sich daher in dieser Beziehung jegliche Freiheit vorbehalten, wenn sie auf der Friedenskonferenz erscheinen.

Ferner hat der Präsident bei Aufzählung der Friedensbedingungen im Januar erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müßten. Die verbündeten Regierungen sind der Ansicht, daß es überhaupt keinem Zweifel unterliegen dürfte, was diese Maßnahme in sich schließt. Sie verstehen sie dahin, daß Deutschland für jeglichen Schaden, welcher der Zivilbevölkerung der verbündeten Regierungen und ihrem Besitz durch den Angriff Deutschlands zu Lande, zu Wasser und aus der Luft zugefügt worden ist, Entschädigung leisten muß.

Der Präsident hat mich beauftragt, mitzuteilen, daß er sich in Uebereinstimmung mit der im letzten Paragraphen des Memorandums gelegenen Auslegung des oben angeführten Punktes befindet. Ferner habe ich vom Präsidenten den Auftrag, Sie zu bitten, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marshall Gosh von der Regierung der Vereinigten Staaten und den Regierungen der verbündeten Mächte offiziell den Auftrag erhalten hat, genügend beglaubigte Vertreter der Deutschen Regierung zu empfangen und ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen.

gez. Lansing.

ten und sich den Hungerriemen immer enger schnallen mußten. Wie das auf das Gemüt des Volkes und auf die Stimmung der Soldaten an der Front gewirkt hat, darüber brauchen wir wirklich kein Wort zu verlieren. Die Wahrnehmung, daß die einen mühelos reich werden und trotz des Krieges herrlich und in Freuden lebten, daß aber die anderen immer mehr verarmten und das Notwendigste entbehren mußten, brachte die Volksseele zum Kochen und erstürzte den Willen zum Durchhalten. Hinzu kam noch, daß die herrschende und besitzende Klasse nach wie vor vielfach mit Verachtung auf die Angehörigen der Unterschichten herabbliden und keine Lust zeigten, sie als gleichwertige Menschen anzuerkennen. Selbst beim Militär, wo doch die Kameradschaftlichkeit angeblich ihre Stätte hat, merkte man nichts von dem Grundjah sozialer Gleichwertung, was aus den Klagen über schlechte Behandlung, ungleiche Verpflegung und ungerechte Beförderungsverhältnisse deutlich hervor geht. Auch mit der politischen Gleichberechtigung wurde niemals Ernst gemacht. Hier und da tauchten wohl schwärmerische Versuche auf, der neuen Zeitströmung Rechnung zu tragen, aber im allgemeinen hielten die maßgebenden Schichten an ihren Vorrechten fest und wiesen die Ansprüche der Massen kalt zurück. Sie wollten eben die Herren bleiben, und die Angehörigen der Unterschichten sollten auch weiterhin die Rolle von Menschen milderer Rechts und von Staatsbürgern zweiter und dritter Klasse spielen. In wahn-

wühner Verblendung leisteten die Rückschrittler jedem vernünftigen Fortschritt Widerstand, bis dann endlich die Not unseres Vaterlandes den Troß brach und sie selbst heisere schob.

Wenn man die Entwicklung in Deutschland während des Krieges verurteilt betrachten, so wundert man sich nicht, daß das deutsche Volk in eine steigende Mißstimmung geriet und die Lust verlor, sich noch weiter für seine Fehler und seine Ungehörigkeit zu opfern. Wie könnte es auch ein Vaterland lieben, dessen Zukunft notwendigerweise zum Zusammenbruch führen müßte? Jetzt bildet sich langsam und allmählich ein neues Vaterland aus dem Schutt des alten. Die Demokratie ist auf dem Vormarsche, und überall soll Moder und Liberal mit eisernen Besen ausgefegt werden. Damit wird sich auf die Stimmung wieder haben voranzubewegen, daß es politisch wird, auch auf wirtschaftlichem Gebiete, zumal in Bezug auf die Volksernährung, bessere Verhältnisse zu schaffen. Dann geht uns nur noch, daß wir einen Rechtsfrieden bekommen, der uns die Möglichkeit gibt, in zäher, ausdauernder Arbeit alles das wieder auf zu machen, was der Krieg vernichtet hat. Das ist unser Wunsch und unsere Hoffnung.

Aufbruch der sozialdemokratischen Partei.

Arbeiter, Arbeiterinnen!

Das fürchterliche Verbrechen geht zu Ende, es kann kein Gedanke daran sein, es noch weiter fortzusetzen: Der Frieden kommt. Er stellt die Arbeiterklasse vor die schwersten politischen und wirtschaftlichen Aufgaben.

Politisch wird es sich darum handeln, die errungenen demokratischen Freiheiten zu sichern und auszubauen. Diejenigen, die durch ihre unheilvolle Politik des Unglück unseres Volkes verschuldet haben, müssen von ihren Plätzen verdrängt werden.

Die dazu nötigen Schritte sind eingeleitet, sie sollen von keiner Person haltmachen, so hoch sie auch gestellt sein mag.

Wirtschaftlich handelt es sich darum, die Volksernährung sicherzustellen und den Uebergang zur Friedenswirtschaft so zu vollziehen, daß niemand verhungern muß. Dazu ist die sorgfältigste Organisation der Arbeitsvermittlung und eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen notwendig.

Diese Aufgaben können aber unmöglich geleistet werden, wenn alles drunter und drüber geht.

Entstehen Unruhen, so wird die jetzt schon unzureichende Volksernährung ganz ins Stocken geraten, die arbeitende Bevölkerung wird dem Hungertode ausgeliefert sein, während die Besitzenden sich immer noch zu behelfen wissen werden. Das ist auch in Ruhe und so gekommen, und selbst die Gewaltmethoden des Bolschewismus haben daran nichts zu ändern vermocht.

Entstehen Unruhen, so werden weiter zahlreiche Betriebe schließen müssen, und es wird nicht möglich sein, das ungeheure Heer der Arbeitslosen zu ernähren. Für die heimtückenden Kameraden aus dem Felde wird keine Arbeit zu finden sein, und sie werden sich auf eigene Faust zu helfen versuchen, wie sie können. Das wird zu neuen inneren Kämpfen Anlaß geben, die weiteres unabsehbares Elend im Gefolge haben werden.

Kann und soll deswegen die Arbeiterklasse auf irgendwelche Forderungen verzichten, die sie im Interesse ihrer künftigen politischen und wirtschaftlichen Freiheit stellen muß? Wir sagen Nein! Lieber würde sie auch die härtesten Folgen für sich selber auf sich nehmen!

Die ungeheuren Opfer, die das arbeitende Volk in diesem Kriege gebracht hat, berechtigen es zu weitgehenden Forderungen. Die Demokratie ist auf dem Marsche und nicht mehr aufzuhalten. Ihr Sieg schafft die Vorbedingungen zur Verwirklichung des Sozialismus. Aber dieser gewaltige Umbau der Gesellschaft kann nicht in Tagen und Wochen vollendet werden, dazu wird noch viel Kampf und Arbeit notwendig sein.

Unsere Ziele verlieren wir nicht aus dem Auge, von unseren Forderungen gehen wir nichts preis! Aber die Mittel wollen wir, solange das nur irgend möglich ist, so wählen, daß sich die Arbeiterklasse nicht ins eigene Fleisch schneidet.

Wir sind eine Macht, wenn wir einig sind, machen wir von dieser Macht Gebrauch! Aber hüten wir uns, leichtfertig und ohne Not ein Chaos hervorzurufen, in dem wohl auch unsere Geener, aber auch wir auf schwerste leiden müssen!

Darum rufen wir an Euch den Ruf: Treue in Waffen an die politische Organisation der Sozialdemokratie, in die Gewerkschaften, in die freien Gewerkschaften! In diesen Organisationen liegt das vorwärtstreibende Element sein. Aber hütet Euch vor Zerstückelung, vor Arbeiterbrüderkrieg und vor den schuldigen, unverantwortlichen Elementen, die Euch zu unbedingten Beschlüssen gegen Euer eigenes Interesse verleiten wollen. Folgt nicht den Parolen kleiner Gruppen und unbekannter Drahtzieher. Wenn die Arbeiter dahin und dahin laufen oder gar sich gegenseitig zerfleischen, so kann daraus kein Glück, sondern nur namenloses Unglück entstehen.

So geht um Euch und Eure Kinder! Darum noch einmal: Wahrt die Einigkeit, die Besonnenheit, die Disziplin der Organisation. Keine russischen Zustände, sondern das Ganze geschlossen vorwärts zu den Zielen der Demokratie und des Sozialismus!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Unterbrechung der Beziehungen zur bolschewistischen Regierung

Die deutsche Regierung hat von der russischen Regierung Bürgerhaftigkeit dafür verlangt, daß in Zukunft von ihren Organen keine revolutionäre Agitation und Propaganda gegen die staatlichen Einrichtungen in Deutschland betrieben werde, und daß der noch immer ungeführte Mord an dem Gesandten Grafen Mirbach ausreichende Sühne findet. Die russische Regierung ist ersucht worden, bis zur Erfüllung dieser Forderungen ihre sämtlichen amtlichen Vertreter aus Deutschland zurückzuziehen. Ebenso sind die deutschen amtlichen Vertreter in Rußland abberufen worden.

Die von einem Berliner Mittagsblatt gebrachte Mitteilung, daß in den nächsten Tagen eine Durchscheidung der russischen Botschaft stattfinden würde, ist unrichtig. Wir erfahren an maßgebender Stelle, daß die russische Botschaft selbstverständlich geschlossen und ihre Territorialität gewahrt bleibt.

Ueber den vom Reichstagsabgeordneten Oskar Cohn der russischen Botschaft in der Nacht vom 5. zum 6. November abgetretenen Besitz wird von russischer Seite uns mitgeteilt: da der Eintritt in die russische Botschaft nicht verwehrt wurde, gelangte auch der unabhängige Führer in die Botschaft hinein. Der Austritt aus der Botschaft war jedoch nach den getroffenen Anordnungen nicht gestattet, und so mußte auch Herr Cohn die Botschaft freiwillig bis zur Abreise der Botschaft im Gesandtschaftsgebäude zubringen. Herr Cohn hat dann dringend Herrn Cohn ein Paket anvertrauen zu dürfen, das nach seiner bestimmten Bestimmung nur Geld enthielt. Herr Cohn behauptete, es seien Beiträge für Gefangenenerlöse und das rote Kreuz. Dem wiederholten Wunsch Herrn Cohns wurde entsprochen und Herr Cohn konnte das Geldpaket in die Hände nehmen.

Ueber den Inhalt der für die russische Botschaft bestimmten und zu Schäden gelangenen Rente erhalten wir folgende genaue Angaben: Es handelt sich in dem Geschäft eine Flugschrift Karl Kautskys „Der Zusammenbruch des Imperialismus und die Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse“. Es handelt sich um eine Rente, die am 7. Oktober dieses Jahres im Moskauer Semjot-Theater gehalten hat. Ein weiteres Flugblatt behauptet, daß die deutsche Regierung einer internationalen Friedenskonferenz und bestimmten auch noch die deutsche Volksregierung. Dieses Flugblatt wurde bezeichnenderweise gerade in den letzten Wochen in den Dampferbooten zu Stuttgart in zahlreichen Exemplaren verteilt. Ein weiteres Flugblatt: „Zittert ihr Stuhlbein und Balkenbalken“ fordert zur Ermordung aller „Arbeiter auf, es wendet sich vor allem an die Soldaten.

Was der Krieg bringt.

Ein Aufruf des Reichstanzlers.

RS. Berlin, 6. November. (Amlich.) Der Reichstanzler erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk.

Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten den vierzehn Punkten, in denen er seine Friedensbedingungen im Januar dieses Jahres zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere zugestimmt haben, und daß die Waffenstillstandsbedingungen durch Marshall Lloyd mitgeteilt werden. Damit ist die Voraussetzung für die Friedens- und Waffenstillstandsbedingungen geschaffen. Um dem Wunsche ein Ende zu machen, ist eine deutsche Abordnung zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen abgereist.

Die Verhandlungen werden durch die Anwesenheit und das disziplinierte Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlauf ernstlich gefährdet.

Ueber vier Jahre hat das deutsche Volk in Einigkeit und Aufopferung die schweren Opfer und Leiden des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur unabdingbare Einigkeit des ganzen deutschen Volkes die großen Gefahren für seine Zukunft abwenden kann, die inneren Kräfte zerfallen, so sind die Folgen nicht abzusehen. Die Aufrechterhaltung der bisher gewährten Ordnung und freiwilligen Manneszucht ist in dieser entscheidenden Stunde eine unerlässliche Forderung, die jede Volksgemeinschaft stellen muß.

Wag jeder Straßbürger sich der hohen Verantwortung bewusst sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht einem Volk gegenüber trägt.

Der Reichstanzler Max Frey von Soden.

Die Waffenstillstandsverhandlungen beginnen.

Berlin, 6. November. (Amlich.) Die deutsche Delegation vom Beginn des Waffenstillstandes und Aufnahme der Friedensverhandlungen ist heute nachmittag von Berlin nach dem Westen abgereist.

Diese Meldung, die wir gestern bereits durch Anschlag bekannt machten, wird von der überwiegenden Mehrheit des Volkes, bezogen sie sich klar ist, daß die Bedingungen harte sein werden, begrüßt werden.

Militärische Reformen.

Das militärische System ist unter den jüngsten Schlägen des Weltkrieges zusammengebrochen. Das was wiederhergestellt werden muß, ist nicht nur ein militärisches System, sondern ein System, das die Schäden dieses Systems vollständig beseitigt, in dem die Schäden zu beseitigen sind. Die Kriegsmilitär-

die in kurzer Reihenfolge im Laufe der Jahre an uns vorüberzogen, hatten für die sozialdemokratische Kritik meist nur Worte überlegener Hohe. Ihnen galt der militärische Militarismus mit seinem Drill und seiner Uebermacht als etwas, das nicht einem Angriff weichen könne. Und doch ist es anders geworden, so ganz anders, als wie die Jungmilitärs das für möglich gehalten hätten. Man soll nicht mit der Behauptung kommen, nur das stehende Heer habe sich glänzend bewährt. Was ist denn noch vorhanden von dem stehenden Heer, das 1914 ausgezogen ist? Was heute draußen steht, das sind zu einem erheblichen Teil Leute, die nie aktiv gedient, nie die Schönheiten des Parade-marsches kennen gelernt haben, die in vorgeordnetem Lebensalter ausgeschieden wurden und die in den ständischen Granatlöchern, in dem entsetzlichen Trommelfeuer ihre Schuldigkeit getan haben. Wie will man künftig dem deutschen Volk vormachen, daß zur Ausbildung eines frischen, gesunden jungen Mannes zwei resp. drei Jahre notwendig sind? Der Krieg hat bewiesen, in welcher fabelhaft kurzer Zeit Leute militärisch ausgebildet werden können. Aus diesen Erfahrungen werden die Maßnahmen für die Zeit nach dem Kriege zu ziehen sein.

Dieser Krieg hat die militärische Allmacht in ungeahntem Maße entzweit. Der Zustand, der sich herausgebildet hatte, war die Militärdiktatur in ihrer ausgeprägtesten Form. Man hat sich im Frieden nur schwer eine Vorstellung von den Machtbefugnissen eines kommandierenden Generals machen können, in diesen Kriegsjahren haben wir es zu kosten bekommen, was diese Machtbefugnisse bedeuten. Völlig frei von der Kontrolle des Reichstags, wirkte die Militärverwaltung seit mehr als vier Jahren aus dem Vollen und hat etwa Sparmaßstäbe das letzte Motiv bei dieser Kriegswirtschaft war, wird sich nicht behaupten lassen; zu viele Beweise sprechen dagegen. Das deutsche Volk wird sein klares Wunder erleben, wenn nach dem Kriege die Abrechnungen einer Prüfung unterzogen werden.

Die grundlegende Aenderung unseres Wehrsystems, der Uebergang vom stehenden Heer zum Milizsystem, ist natürlich erst möglich, wenn der Friede eingeklärt sein wird. Man wird dann erkennen, daß die im Programm der Sozialdemokratie niedergelegten Forderungen doch eine recht brauchbare Grundlage für die Neuordnung der Landesverteidigung abgeben. Aber eine ganze Reihe Reformen dulden keinen Aufschub. Zunächst muß die geradezu unheimliche Macht des Militärkabinetts gebrochen werden. Die Auffassung, daß die Ernennung und Entlassung von Offizieren ein Vorrecht des Kaisers sei, findet in der Verfassung keine Stütze. Wie es in Bayern stets der Fall gewesen ist, so muß es auch in Preußen werden, der Kriegsminister muß die Ernennung oder Verabschiedung von Offizieren gegenzeichnen, damit übernimmt er dem Parlament gegenüber die Verantwortung. Heute hat der Kriegsminister auf das Militärkabinett nicht den geringsten Einfluß, wohl aber hat es das Militärkabinett in der Hand, den Kriegsminister abzulösen. Daß eine besondere Stelle, in welcher die Angelegenheiten der Offiziere behandelt werden, vorhanden sein muß, versteht sich von selbst, aber diese Stelle muß dem Kriegsminister untergeordnet sein, der für die Tätigkeit dieser Stelle genau so gut dem Reichstag gegenüber die Verantwortung zu tragen hat, wie für die Tätigkeit der anderen Abteilungen seines Ressorts. Auch der Große Generalstab, der einen gewaltigen politischen Einfluß ausgeübt hat, muß dem Kriegsministerium angegliedert und dienlich unterstellt werden. Das Kriegspräsidium, das eine große Menge Offiziere beschäftigt und das mit den „Deutschen Kriegsangelegenheiten“ nicht immer gerade der Wahrheit eine Gasse bahnt, muß so rasch als möglich seine Tätigkeit einstellen, für einen verärgerten gewaltigen Betrieb ist eine Notwendigkeit durchaus nicht zu erkennen, ganz abgesehen davon, daß uns das Geld nicht so locker fließt, um es für diese Zwecke ausgeben zu können. Für eine Reform der Kriegsbefehlsordnung ist es vielleicht etwas zu spät, aber es ist nicht überflüssig, sie vorzunehmen. Die Kriegsbefehlsordnung, die die Herausgabe von Milliarden regelt, beruht nicht auf einem Gesetz, sondern auf einer recht alten Verordnung. Dann gilt es, dem Grundgesetz Geltung zu verschaffen: Freie Bahn dem Tüchtigen! In der Theorie trägt jeder deutsche Soldat den Marschallstab im Tornister, er kann die höchsten Stellen in der Armee erreichen — leider bloß in der Theorie. Hätte man, anstatt das Zitterbein der Feldwebellieutenants zu schäffeln, ältere, erfahrene Unteroffiziere zu Leutnants gemacht, es wäre wahrlich besser gewesen. Diese Offiziere hätten das Vertrauen ihrer Mannschaften in weit höherem Maß besessen, als wie es 20jährige Leutnants, die vorgezogene 17jährige Landsturmlaute sind, jemals erwerben können. So aber ist der Berechtigungschein für den einjährig-zweijährigen Dienst, auch wenn er mit Ach und Krach auf einer „Brotse“ erworben wurde, immer die Schranke geblieben, die den Eintritt in die sorgsam geschützten Kreise der Offiziere verwehrt.

Dann verbiets man die besondern Offiziersküchen, wie man auf das Drängen der Sozialdemokraten auch die besondern Unteroffiziersküchen verboten hat, man unterbinde die Sonderheit der Offiziere, deren Surben alle Augenblicke in die Heimat reißt, um die gefüllten Kisten abzuliefern. Es kann absolut nichts schaden, wenn die Familien jüngerer Offiziere auch einmal den bitteren Ernst des Krieges zu spüren bekommen. Man gewähre den Mannschaften, wenn sie einmal hinter die Front zurückgezogen werden, auch wirkliche Ruhe und fülle nicht den ganzen Tag mit Exerzieren und allen möglichen Appellen aus. Es wirkt lächerlich, wenn in der Ruhestellung „Grüßen“ geübt wird. Schließlich denke man daran, bei der Gewährung von Urlaub die peinlichste Gerechtigkeit an den Tag zu legen. Die seit Jahren im Felde stehenden Leute hätten längst einmal auf einige Zeit mit Reklamieren in der Heimat ausgetauscht werden müssen, abgesehen davon, daß es in der Heimat der Drücker nicht weniger gibt. Endlich könnte man auch daran denken, den zahlreichen einstimmig angenommenen Willensmeinungen des Reichstags Geltung zu verschaffen. Man fragt über die mitunter schlechte Stimmung unter der Truppe, daran nicht selten die Offiziere Schuld, die es nicht der Mühe wert erachten, sich um ihre Mannschaften zu kümmern. Für nichts ist der Soldat empfänglicher, als für die Anteilnahme an seinen Leiden und Klagen, die der Offizier ihm entgegenbringt.

Die Demokratisierung ist in Deutschland auf dem Marsch, das Heer kann davon nicht unberührt bleiben und je rascher die Reformen einziehen, desto besser ist es, desto mehr wird das Heer in der Lage sein, die Aufgaben zu erfüllen, die ihm noch gestellt sind.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Reim und Krupp.

Der Reich- und Flottenvereinsgeneral Reim verteidigt sich in einer langen Erklärung gegen den Vorwurf, für seine alldeutsche Tätigkeit vor Krupp besoldet zu sein. Das Ganze ist ein jämmerliches Selbsterleuchtungsstück. Durch den Vorwurf Krupps an die von Reim herausgegebenen „Jahrbücher“ sei deren Unabhängig-

keit voll aufrecht erhalten worden! Im übrigen habe Krupp an Reim alles Geld nur zu patriotischen Zwecken gegeben! Diese Ausfälle sind würdig eines Mannes, der noch im November schrieb, der österreichische Zusammenbruch könne Deutschland militärisch nur nützen.

Der heldenhafte Kriegslieferant.

Der Geh. Regierungsrat Duisberg, der in der Presse als einer der Hauptberater Ludendorffs bezeichnet wurde, sendet dem „Volks-Anzeiger“ eine längere Zuschrift, in der folgende Abjah der gesamten Welt bekannt zu werden verdient:

Man mag aus mir einen Kriegsindustriellen und meint damit: der Krieg habe mir persönliche Vorteile gebracht. Das ist nicht der Fall. Tatsächlich habe ich, der unterirdischen Not gehorchend, wie es eines jeden Deutschen verdammt Pflicht und Schuldigkeit war und noch ist, in diesem Kriege mein bestes Können und Wissen eingesetzt, um mit den Mitteln der mir anvertrauten Friedensfabrik trotz der damit verbundenen Lebensgefahr, dem Munitionsmangel abzuhelfen.

Was sagt man zu diesem Heldennut eines Kriegslieferanten! Während 10 Millionen Drücker an der Front in sicheren Schützengraben und Granatlöchern Unterschlupf gefunden haben und dort ein Schlimmerleben führen, fabriziert der heldenhafte Geheimrat Duisberg daheim „mit Lebensgefahr“ Granaten. Dabei hat er sogar noch das Opfer auf sich genommen, Geld zu verdienen! Gottlob, daß Herr Duisberg selber seinen Kriegsgewinnliefereanten nicht preist, sonst hätte die Welt am Ende gar nicht erfahren, wer der eigentliche Held des Weltkrieges ist.

Militärische Umwälzungen.

haben sich außer in Kiel und Lübeck auch in Hamburg, Cuxhaven und Rendsburg vollzogen. Bei den großen Verlagerungen im Postverkehr sind wir leider nur in der Lage, die Meldungen der Wolffschen Telegraphenagentur darüber zu bringen, die natürlich etwas einseitig und unvollständig sind.

Nach einer Versammlung im Gewerkschaftshaus in Hamburg zogen in der Nacht zum Dienstag Trupps durch die Stadt, nach der Kaserne, dem Hafen und anderen Zentralstellen, wo Militär liegt. Marinesoldaten übernahmen die Führung. Vor der Kaserne wurden aufreißerische Reden gehalten. Auf dem Bahnhof waren die Posten der Roten schon seit vorgestern tätig. Die ständige Bahnhofswache zog sich Mittwoch morgen nach 8 Uhr zurück, um nicht zu provozieren. In den Stunden nach 8 Uhr begann dann eine systematische Ausräumung der militärischen Gewalt durch Marine und Infanteriemannschaften. Im Gewerkschaftshaus in der Nähe des Hauptbahnhofes ist das Hauptquartier. Soldatentrupps, hauptsächlich Marine, durchziehen die Straßen und halten alle Uniformierten an und nehmen ihnen die Waffen ab. Die Soldaten und Marine besetzen 10 Wagen der Zentralstraßenbahn. Infolgedessen mußte der Betrieb dieser Bahn in Hamburg eingestellt werden. Am Bahnhof ist die Ruhe vollständig aufrecht erhalten. Der Hafen war schon in der Nacht der Schauplatz aufgeregter Szenen. Ein an der Brücke liegendes Torpedoboot wurde von den Leuten besetzt, die an Bord befindlichen Maschinengewehre besetzt. Vor dem Eingang zum Elbtunnel ist es zwischen 4 und 5 Uhr zu Schießereien gekommen. Die Zollabfertigungsstelle wurde von Marineangehörigen besetzt. Auf den Werften ruhte Mittwoch die Arbeit fast gänzlich. Auf vielen der in den verschiedenen Häfen liegenden Schiffe ist die rote Flagge gehißt. Gegen 10 Uhr setzte sich vom Gewerkschaftshaus der erste Demonstrationzug in Bewegung. An der Spitze fuhr ein großes Lastautomobil, besetzt von Matrosen mit roten Schleißen und einer roten Fahne. Reichstagsabgeordneter Dittmann sorgte, daß der Zug in Ordnung und Geschlossenheit durch die Straßen marschierte. Vielfach beteiligten sich auch Herr, die anscheinend den besseren Klassen angehören, an dem Ordnungsdienst. In Altona hatte die Militärverwaltung alle Maßnahmen getroffen, Ruhestörungen zu verhindern. In den frühen Morgenstunden bewegten sich mehrere Züge von Zivilisten und Soldaten durch verlassene zum Hauptbahnhof führende Straßen. Das starke Militäraufgebot hinderte die Demonstranten, ihr Ziel zu erreichen.

Hamburg, 6. November. Vom Zentralbureau des Soldatenrats im Gewerkschaftshaus wird folgendes mitgeteilt: Sämtliche Untergebäude und militärischen Gebäude sind besetzt. Die Nahrungsmittelmagazine werden bewacht. Minderungen werden mit sofortigem Erschießen bestraft. Die Militärbehörden haben kapituliert. Zurzeit finden Verhandlungen mit dem Senat statt. Der Zugverkehr ist bis auf zwei Züge, die in Richtung auf Neumünster und Olbesloe fahren werden, eingestellt. Patrouillen werden die ganze Nacht zur Aufrechterhaltung der Ruhe die Stadt durchstreifen. Post und Telegraphenamt sind nicht besetzt. Die Bestimmung der Bewegung erfolgt an die Bevölkerung einen Aufruf zur Ruhe und Ordnung, der den gleichen Wortlaut wie in Kiel hat.

Mittwoch nachmittag wurde auf dem Holstenplatz von den Demonstranten eine dort aufgestellte Wache mit Maschinengewehren, die selbstschüssig ausgerüstet war, entwaffnet. Der größte Teil der Soldaten ging sofort zu den Demonstranten über. Der kommandierende Hauptmann wurde gefesselt und mit der Straßenbahn wegtransportiert. Während der Soldaten die Koffelkappen abgerissen wurden, befiehlt der Offizier dieses Zeichens seiner Vorgezogenstellung. Dann wurden die Gefangenen aus dem Untersuchungsgefängnis befreit. Auch dabei wurde ein Maschinengewehr erbeutet, das zum Heiligengeistfeld gebracht wurde. Ein Matrose forderke auf, am Nachmittag nach Fußstübeln zu ziehen, um die dortigen Gefangenen zu befreien. Um 10 Uhr kam ein Zug vor die Kaserne in der Bundesstraße. Auf einem Lastwagen wurde ein Maschinengewehr gefahren, auf einem zweiten Wagen standen zwei gefangen genommene Offiziere. Die Soldaten wurde aufgefordert, die Kaserne zu verlassen und sich dem Zuge anzuschließen. In der Kaserne waren an verschiedenen Fenstern Maschinengewehre aufgestellt. Die Mannschaften hatten genaue Instruktionen, aber es waren meist junge Menschen, denen es an der nötigen Besonnenheit mangelte. Als die drohende Haltung der Demonstranten erkennbar wurde, warfen sie aus den Fenstern Stinkbomben. Fast in demselben Moment wurde geschossen. In der Kaserne wird bestritten, daß die ersten Schüsse von dort aus fielen, während die Demonstranten das Gegenteil behaupteten. Den Schüssen aus Infanteriegewehren, mit denen sehr viele Angehörige des Demonstrationzugs ausgerüstet waren, folgten einige Maschinengewehrschüsse. Man sah eine Reihe Bewunderte führen, auch Tote gab es, deren Zahl nicht genau festzustellen ist, man spricht von vier. Innerhalb der Kaserne entstand daraufhin eine große Erregung. Auch noch ruhige Elemente zeigten sich. Aufgestellte Maschinengewehre wurden aus der Kaserne weggeholt, demontiert und in Abfalltruben geworfen. Beratungen zwischen den Hauptleuten des Erhabataillons des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 76 hatten das Ergebnis, daß

Die weiße Flagge gezeigt und Parlamentäre empfangen wurden. Die Kaserne wurde übergeben. Sämtliche Soldaten durften die Kaserne verlassen. Sofort zerstreute sich die Menge. Auf der Alsterhöhe gegenüber dem Eibüchel war heute früh eine Abteilung mit Maschinengewehren aufgestellt, um den Uebergang von Mannschaften in Werften und Schiffen nach Hamburg zu verhindern. Es wurden einige blinde und scharfe Schüsse abgegeben. Es sollen ein oder zwei Mann tot sein. Die Mannschaften wurden bald darauf zurückgezogen. Die im Hafen liegenden, zur Kriegsmarine gehörenden Schiffe zeigen rote Flaggen. Auch der Dammortbahnhof ist in den Händen der Demonstranten. Im Laufe des Vormittags wurden zwei Waffenschränke ausgeräumt, später aber durch rote Wachen geschützt. Im allgemeinen versuchen die Demonstranten, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Die öffentlichen Lokale sowie der Alsterpavillon sind geschlossen.

Ein blutiger Vorfall ereignete sich heute vormittag in der Lincolntstraße. Dort sollte aus Wohnungen auf die marschierenden Soldaten geschossen werden sein. Mehrere Matrosen begaben sich in das Haus und ermittelten als angeblich Schuldige zwei Frauen, die sie töteten, indem sie ihnen die Kehle durchschnitten. (??) Der Soldatenrat hielt heute vormittag eine Besprechung mit dem Stadtkommandanten von Altona-Hamburg ab, wobei die Wünsche und Forderungen in der gleichen Weise wie in Kiel vorgetragen und genannt wurden. Der Kommandant bewilligte die Forderungen, worauf der Soldatenrat die Kommandantur besetzte. Die in öffentlichen Gebäuden untergebrachten militärischen Sicherheitswachen stellten darauf ihren Dienst ein und lieferten die Waffen ab.

Wie die Telegraphenunion meldet, hat sich das „Hamburger Echo“ in den Dienst des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates gestellt. Als dessen amtliches Organ führt es jetzt den Titel „Die rote Fahne“. Mit der Wahrung der Rechte des Soldatenrats wurde Paul Fröhlich, früher Berichterstatter des „Hamburger Echo“, betraut, der zu diesem Zwecke in die Redaktion eingetreten ist.

Cuxhaven, 6. November. Das Cuxhavener Tageblatt berichtet: Nach dem Kieler Muster haben auch hier in Cuxhaven Unruhen des Militärs eingesetzt, die zur Bildung eines Soldatenrats führten. Erneute Unruhen sind dabei nicht vorgekommen, ebensowenig Ausschreitungen des Militärs gegen die Zivilbevölkerung. Die Bewegung begann gestern abend mit zwei Versammlungen der Soldaten im Gesellschaftshaus zur Sonne, in denen der Soldatenrat gebildet wurde. Von dort zogen Delegierte zum Festungskommandanten, der die Delegation zu Verhandlungen im Stabsgebäude empfing. Die Forderungen der hiesigen Soldaten decken sich ähnlich mit denen, die die Kieler Garnison und die dortige Schiffsbesatzung gestellt hatten. Ihnen wurde seitens des Kommandanten, soweit dieses in seiner Macht lag und soweit nicht eine endgültige Entscheidung der Reichsregierung zufällt, entsprochen. Die Versammlungen wurden auch heute morgen noch fortgesetzt. Durch vom Soldatenrat unterzeichnete Plakate an den Anschlagstellen in den Straßen wurde bekannt, daß die öffentliche Gewalt auf den Soldatenrat übergegangen ist, und daß dieser mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ordnung Sorge tragen wird. Die Lebensmittelversorgung wird unverändert wie bisher erfolgen. Lange Demonstrationen, denen sich im Laufe des Vormittags viele Soldaten und Arbeiter angeschlossen haben, und die teilweise mit Musik und roten Fahnen und Tüchern erfolgten, durchziehen die Straßen. Zeitig sind starke Patrouillen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ausgesandt worden. Im übrigen ist das geschäftliche Leben ziemlich unberührt geblieben.

Kendsburg, 6. November. Wie das Kendsburger Tageblatt meldet, hat sich auch in Kendsburg wie in Kiel und Lübeck die Bewegung ausgebreitet, die aber einen durchaus ruhigen Charakter hatte. Der Arbeiter- und Soldatenrat, der sich hier gebildet hat, erließ folgenden Aufruf: Die Flamme der Freiheit ist auch in Kendsburg aufgelodert. Kendsburg befindet sich in den Händen des Soldaten- und Arbeiterrats. Wüthig und entschlossen hat die Freiheitsbewegung der Soldaten und Arbeiter auch von Kendsburg Besitz ergriffen. Seit 2 Uhr befindet sich Kendsburg in den Händen des Soldaten- und Arbeiterrates. Heute mittag um 2 Uhr versammelten sich Soldaten und zogen unter stetem Anwaschen vom Bahnhof zum Paradeplatz, wo sich auch der übrige Teil der Soldaten angeschlossen, in völliger Ruhe und Ordnung wurden bereits einige öffentliche Gebäude wie Post usw. besetzt. U. a. befinden sich auch die ganzen Kasernen und Munitionsgelände in unseren Händen. Alle Kameraden werden nochmals zur Ruhe und Ordnung ermahnt, damit nichts Nachteiliges gegen unsere junge Bewegung ausgeht werden kann. Unnötige Ansammlungen sind tunlichst zu vermeiden. Ueber die Einberufung einer großen Versammlung wird durch Flugblatt näheres bekannt gemacht. Kameraden und Arbeiter! Steht einig zur Freiheit, bewahrt die Ruhe und Ordnung, weckt die Säuglinge. — Der Soldaten- und Arbeiterrat.

Die Lage in Kiel.

Aus Kiel, 6. November, berichten bürgerliche Blätter: Der Stadtkommandant von Kiel, Kapitän zur See Heine, wurde in der verflochtenen Nacht gegen 1 Uhr von einer Patrouille in seiner Wohnung aufgeführt, die ihn fortbringen wollte. Er wollte, weil das Geräusch verbreitet war, daß er sich nach Dänemark begeben wollte, sich seiner Festnahme widersetzen, worauf er von einem der Soldaten im Hausflur erschossen wurde. Der Soldatenrat bedauert diesen von ihm nicht verursachten Vorfall. Die Kriegsschiffe liegen außerhalb des Kriegshafens wieder die deutsche Kriegsflagge.

Die Nacht ist ruhig verlaufen. Das Straßenbild war heute friedlicher als in den letzten Tagen. Man sieht kaum noch führerloses Militär. Die Zahl der Wachen hat abgenommen. Der Generalkriegsrat dauert fort. Heute stehen viele Arbeiter und Beamte auf den Straßen. Vom Rathaussturm weht heute ebenfalls die rote Flagge. Von den Vorgängen des gestrigen Tages ist noch zu erwähnen, daß aus dem Gefängnis in der Harnsstraße mehrere Militärgefangene befreit wurden. Matrosen zogen nachmittags 2 Uhr vor das Gefängnis und beschossen es aus Maschinengewehren. Darauf wurden die Gefangenen freigelassen. Die Verbindung zwischen Kiel und der Außenwelt ist fast abgeschnitten. Post kommt gar nicht oder nur auf großen Umwegen in die Stadt hinein. Bedenken erregt das Ausbleiben von Gütern. Fernsprechanlagen und Telegraph sind überlastet, weil keine Möglichkeit besteht, schriftlich mit der Außenwelt zu verkehren. In einem Aufruf erklärt der Soldatenrat, daß Sicherheit geschaffen werden sei für eine ordnungsgemäße Zahlung der Löhnung. Der militärische Sicherheitsdienst in der Döfse soll voll aufrecht erhalten werden. Die Ruhe und Ordnung auf den Straßen sei unbedingt zu bewahren. Jedes zweifelhafte Schmeißen habe zu unterbleiben, ebenso jedes unbefugte Waffenschlagen.

Der amtliche Kriegsbericht.

III. Großes Hauptquartier, 7. Novbr. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Dubouars stehen Franzosen über die Schelde. Im Gegenangriff waren wir sie zurück. Zwischen Schelde und Duse suchte der Feind die planmäßige Fortführung unserer am 4. Novbr eingeleiteten Bewegungen durch heftige Angriffe zu verhindern. Der Schwerpunkt seiner Angriffe lag nordöstlich der von Valenciennes nach Duse führenden Straße bei Bavan und Mulnoys. In schweren wechselvollen Kämpfen hielten unsere Truppen dem feindlichen Ansturm stand. Der Feind stand am Abend bei Quierain am Westrande von Loay, östlich von Mulnoys, westlich von La Chapelle. Zwischen der Duse und Aisne hat der Feind die Linie Berrins-Rozoy erreicht. Westwärts von Aethel hat er die Duse überschritten und stand am Abend in Linie Wagny—Novion—Porcien und nördlich von Tonniéron. Zwischen Duse und Maas folgte er bei Vendresse und Mouton.

Auf dem Ostufer der Maas setzte der Amerikaner seine heftigen Angriffe fort. Es gelang ihm, seinen Brückenkopf östlich von Tourn zu erweitern. Wir brachten den Feind an den Waldungen östlich von Moureaux und Font zum Stehen. Deftlich von Sivry hat die bewährte brandenburgische 228. Infanterie-Division ihre Stellungen voll behauptet.

Der Erste Generalquartiermeister.
Gröner.

Kiel, 6. November. Die vom Soldatenrat gefassten und vom Gouverneur angenommenen Punkte lauten:

- 1. Freilassung sämtlicher Inhaftierten und und politischen Gefangenen.
- 2. Vollständige Rede- und Pressefreiheit.
- 3. Umkehrung der Briefzensur.
- 4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte.
- 5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in die Kasernen.
- 6. Die Ausfahrt der Flotte hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
- 7. Jegliche Schutzmaßnahmen durch Blutergüssen haben zu unterbleiben.
- 8. Alle Maßnahmen zum Schutze des Privateigentums werden sofort vom Soldatenrat festgesetzt.
- 9. Es gibt außerdem keine Vorgesetzten.
- 10. Unbeschränkte persönliche Freiheit jeden Mannes von Beendigung des Dienstes bis zum Beginn des nächsten Dienstes.
- 11. Offiziere, die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alles übrige hat ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.
- 12. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienst zu befreien.
- 13. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen.
- 14. Diese Forderungen sind für jede Militärperson Befehl des Soldatenrates.

Ang Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 7. November.

Die Situation in Lübeck.

Auch der gestrige Tag ist ohne Ruhestörungen verlaufen. Der Soldatenrat ist unbeschränkt im Besitze der Macht und sorgt dafür, daß die Ordnung aufrecht erhalten wird. Auch die Fliegerstation Blankensee befindet sich in seinen Händen. Vor dem Hauptquartier des Soldatenrats am Bahnhof herrscht reges Leben. Auf den Straßen der Stadt nimmt der Verkehr seinen normalen Verlauf. Das Gefühl der Unsicherheit, das wohl noch zunächst bei manchen Leuten vorgeherrschte hat, ist allmählich geschwunden. Dennoch ereignen sich manchmal seltsame Vorkommnisse. So wandte sich gestern ein hiesiger Rechtsanwalt an den Soldatenrat und bot diesem seine Dienste an, die jedoch abgewiesen wurden. Er nahm dann, indem er angab, vom Soldatenrat dazu autorisiert zu sein, eine Anzahl Soldaten, begab sich mit ihnen zum Markt-Gefängnis und verlangte die Freigabe einer Anzahl von ihm benannter Gefangenen, die auch erfolgte.

Am Mittwoch wurde hier folgende Rundgebung verbreitet und angeschlagen:

An die Soldaten und Zivilbevölkerung Lübecks!

Unsere Schicksalsstunde hat geschlagen! Die Macht ist in unserer Hand! Hört auf uns! Sammelt euch um eure erwählten Führer.

Keine Unbesonnenheit, Ruhe und eiserne Nerven sind das Gebot der Stunde. Zeigt, daß ihr Männer seid, folgt unsern Sicherheitsordnern.

Raubt und plündert nicht, es ist eurer unwürdig und gereicht euch nicht zur Ehre. Zum Ziele führt dieses nicht. Zur Unterdrückung dieser Bewegung sind Kameraden nach Lübeck entsandt, sie werden sich uns anschließen. Alle Arbeiter sämtlicher Gewerkschaften sind auf unserer Seite und billigen unser Handeln. Wir sind unserem Ziele nahe. Möge jeder von euch das nötige Interesse für die gute Sache der Soldaten und des arbeitenden Volkes zeigen.

Nochmals Manneszucht und Besonnenheit.

Lübeck, den 6. November 1918.

Der Soldatenrat Lübecks.

Abends wurden an Mauern und an Schaufenster rote Plakate mit folgender Aufschrift geklebt:

Warnung!

Diebe, einerlei ob Zivil- oder Militärpersonen, werden standrechtlich erschossen.

Der Vorstand des Soldatenrats.

(Verkehrs-Abteilung.)

Siehe wurden Flugblätter folgenden Inhalts verteilt:

An die Soldaten und Zivilbevölkerung Lübecks!

Bis jetzt ist die Ruhe und Besonnenheit erstaunlicherweise gewahrt. Eine Anzahl Arbeiter verschiedener Betriebe haben aus Sympathie die Arbeit eingestellt. So gut wie dies gemeint ist, fordern wir jetzt die gesamte Bevölkerung auf, sofort ihre gewohnte Tätigkeit und Arbeit wieder aufzunehmen. Auch die in den Betrieben zur Arbeit kommandierten Soldaten haben die Tätigkeit sofort wieder aufzunehmen.

Zeigt, daß ihr Männer seid, waret die Disziplin und haltet euch ruhig. Raub und Plünderung wird schwer bestraft!

Der Soldatenrat.

J. A. Wehmann Zeil.

Die Kartellkommission.

J. A. Koffen.

Der Soldatenrat (Mit. pol. u. poliz.)

gez. Richter.

In einer außerordentlich stark besuchten Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Betriebe, in denen gestern die Arbeit niedergelegt war, die heute morgen im Hanftheater stattfand, wurde zunächst Bericht von einer gestern nachmittag abgehaltener Sitzung der Arbeiter-Ausschüsse in Gemeinschaft mit Vertretern des Soldatenrates erstattet. Nach einer mehrstündigen Diskussion wurde beschlossen, einer morgen abend stattfindenden Sitzung der Arbeiter-Ausschüsse der gesamten Betriebe die Gründung eines Arbeiterrates zu empfehlen und dieser Körperschaft folgende Forderungen mit auf den Weg zu geben:

1. Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Lübeck für alle Männer und Frauen über 20 Jahre.

2. Einführung der achtstündigen Arbeitszeit.

3. Schaffung einer Arbeitslosenversicherung.

4. Sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel.

5. Regelung der Arbeitszeit.

Ferner wurde beschlossen morgen die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Versammlung ging mit einem Hoch auf das allgemeine Wahlrecht auseinander.

Der Bürgerausschuß genehmigte resp. beifürwortete in seiner gestrigen Sitzung die Senatsanträge auf Erwerb des freien Eigentums an einer Landfläche in Gemin seitens des Privatmannes Schlichting zu Lübeck; Verkauf eines Bauplatzes bei der Herrenbrücke an den Herr Johann Schwarz. Der Verkauf von Landflächen in Travemünde wurde abgelehnt; dafür die Verpachtung dieses Geländes zu einem angemessenen Preise auf längere Dauer beifürwortet.

Die Errichtung eines Arbeitsamtes und eines Ernährungsamtes verlangte der Bürgerausschuß in einem Ersuchen, das er gestern an den Senat zu richten beschloß.

Einmalige Kriegssteuerzulagen für die städtischen und staatlichen Arbeiter. Der Bürgerausschuß nahm in seiner gestrigen Sitzung einen Antrag des Senates an, nach welchem den städtischen und staatlichen Arbeitern eine einmalige Steuerzulage gewährt werden soll, die auf 144 Mk. für Leute unter 18 Jahren, auf 288 Mk. für unverheiratete Leute über 18 Jahren und 360 Mk. für verheiratete Leute bemessen sind. Die Auszahlung erfolgt in zwei Raten.

Von unserer Ernährung.

Von hiesiger amtlicher Seite erhalten wir folgende Darlegungen:

Darüber, daß unsere gesamte Ernährung in diesem Jahre als ausreichend nicht zu bezeichnen ist, herrscht nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in allen maßgebenden Stellen unseres Staates, denen die Versorgung mit Lebensmitteln untersteht, Einstimmigkeit. Nichts wäre weniger am Platze, als diese bedauerliche Tatsache, die allerdings nach dem Gang der Ereignisse zu erwarten war, zu beschönigen. Es ist auch durchaus begründet, daß sich der Mangel der Bevölkerung in Eingekaufte oder Eingekaufte äußert. Das ist nicht nur in Lübeck der Fall, sondern in gleichem Maße auch in vielen anderen größeren und großen Städten des Reiches, in denen die Ungunst der ganzen Ernährungsvorhältnisse nicht minder stark empfunden wird als hier. Daß in diesem Winter eine Besserung dieser Verhältnisse zu erwarten ist, ist leider nicht anzunehmen, weil alle Gemeinden in der Verteilung von Lebensmitteln an die Bestimmungen des Reiches gebunden sind. Kleine Abweichungen kommen natürlich vor, und sie sind auch für Lübeck zu verzeichnen, sowohl nach der guten als nach der schlechten Seite. Daß sie sich im Verhältnis zu anderen Städten nicht stärker bemerkbar machen, dafür sorgt, ganz abgesehen von der Tätigkeit des hiesigen Ernährungsausschusses, dessen Bestreben natürlich immer sein wird, Lübecks Versorgung in der besten Weise zu regeln, nicht nur die eigene Bevölkerung, sondern auch die hiesige Kontrolle durch andere Städte und Kommunalverbände. Lübeck teilt auswärts mit manchen anderen Städten den Ruf, besonders gut versorgt zu sein. Wenn in Bremen in der letzten Versammlung der Bürgerausschuß festgestellt wurde, daß die Ernährung dort keinesfalls besser wäre als in gleich großen Städten, daß aber die Gerüchte über besonders gute Ernährungsverhältnisse bereits zu scharfen Untersuchungen durch die zuständigen Reichsstellen geführt hätten, trifft das in ganz demselben Maße auch für unsere Stadt zu. In solchen Untersuchungen hat es tatsächlich auch hier nicht gefehlt, wenn sie naturlicher Weise auch ohne Ergebnis bleiben mußten.

Im einzelnen darf zu der Ernährung folgendes bemerkt werden:

Für unsere Bevölkerung spielt die Versorgung mit Früchten eine bedeutende Rolle. Sie ist gewiß nicht ausreichend, und es gibt viele Familien, in denen nur sehr selten Fleisch oder Seefische auf den Tisch gekommen sind, aber daß wir erheblich besser versorgt sind als viele andere Städte im Reich, kann gar keinem Zweifel unterliegen. Gegenüber der schließlichen Verteilung wird nach der Kopfzahl der Gemeinden festgesetzt — in Lübeck um reichlich das Doppelte mit Früchten beliefert worden, und es waren namentlich jüdische Staaten, die gegen diese Bevorzugung Lübecks Einspruch erhoben. Erstaunlicherweise ist es aber gelungen, bisher diese Ansprüche zurückzuweisen. Man darf hoffentlich damit rechnen, daß unserer Stadt das bisherige Maß an Früchten auch künftig geliefert werden wird, wenn nur die Frangeregebnisse sich auf der Höhe des letzten Jahres halten. Das kann aber keinesfalls als sicher angenommen werden, weil der Ertrag aus der Döfse, die allein in Frage kommt, immer mehr zurückgeht. Als ersichtlich darf auch gebucht werden, daß Lübeck in der Fleischverteilung nach immer das höchste zulässige Maß hat einhalten können, und das gleiche gilt auch für die Versorgung mit Fett. Es gibt sehr viele Städte im Deutschen Reich, in denen auf diesen Gebieten der Verteilung bei weitem nicht die rationierte Menge hat geliefert werden können. Auch in der Versorgung mit Eiern hat Lübeck, soweit es bei den Lieferungen möglich war, durchaus seine Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung erfüllt. Aus einzelnen Städten ist bekannt, daß dort im ganzen Jahre nur vier Eier auf den Kopf der Bevölkerung verteilt werden konnten. Natürlich gibt es auch Städte, in denen die Versorgung mit Eiern besser gewesen sein mag. Aber denartige Vorwürfe lassen sich, wie schon bemerkt, nie ganz vermeiden. Lübeck befindet sich in einer Beziehung in einer nicht besonders günstigen Lage, insofern die Versorgung der Schiffsbesatzungen mit zu seinen Ausgaben gehört. Bei dem erstaunlichen starken Hafenverkehr fallen dadurch für die allgemeine Verteilung nicht ganz geringe Lebensmittelmengen aus, für die das Reich leider vollen Ersatz nicht liefern kann. Diese Entziehung würde sich naturgemäß in einer Stadt wie Hamburg mit seiner nahezu jährlich zu großen Bevölkerung kaum bemerkbar machen, fällt aber für Lübeck doch nicht unerheblich ins Gewicht. Dinge werden werden darf auch auf die, wenn auch nicht absolut gute, jedoch durchaus erträgliche Belieferung mit Milch in unserer Stadt. Lübeck ist in dieser Beziehung viel besser gestellt als unzählige viele kleine und große Gemeinden Deutschlands. Offt besprochen ist in weiten Kreisen der Bevölkerung die bessere Versorgung Hamburgs mit Marmelade. Sie ist ohne weiteres zuzugeben.

... hat infolge ganz besonderer Umstände in der Tat mehr Brotkaufsmittel zur Verteilung bringen können als Lübeck. Darauf ist nicht nur von hier aus in der betreffenden Reichsstelle hingewiesen worden, sondern ganz sicher auch von anderen Kommunen. Ein Mehr war für Lübeck nicht zu erzielen, weil das Maß, das unsere Stadt zu beanspruchen hat, voll befreit ist. Die Folgen, die solche Beschwerden für Hamburg haben, liegen nahe. In übrigen darf auf Grund der geführten Vergleichstabellen ausgesprochen werden, daß Lübeck bezüglich der Verteilung von rationierten Lebensmitteln in nichts hinter anderen Staaten zurückbleibt. Falls es nur, solche Vergleiche für einige wenige oder gar eine Verteilungsquote zu ziehen und unüberlegt zu lassen, daß in anderen Gemeinden oft andere Formen der Verteilung gewählt werden als bei uns. Ein klares Bild ist nur dann zu gewinnen, wenn man die verbleibenden Lebensmittelmengen für ein halbes oder mindestens ein Vierteljahr zusammenstellt. Dann werden sich vielleicht kleine, nach Grammatik messende Abweichungen ergeben, die hier ihre Begründung auch mit in der starken Befreiung der Kriegslieferanten — sie wird aber aus diesem Grunde niemand abschaffen wollen — finden, aber in der Hauptsache wird sich zeigen, daß Lübeck in jeder Beziehung einen Vergleich mit anderen Städten aushält. Die Gleichzeitigkeit an die Menge der vom Reich bewirtschafteten Lebensmittel macht für die einzelnen Gemeinden auch ein Ausbehalten so gut wie unmöglich. Ein Durchhalten wäre auch ausgeschlossen, wenn in dieser Beziehung vom Reich nicht die straffste Disziplin durchgeführt würde.

Himmelserscheinungen im November. Die prächtigen Sternbilder, die unseren Winterhimmel zieren, sind bereits in den bequemsten Abendstunden zu beobachten. Am Anfang des Monats um 10 Uhr, am Ende um 8 Uhr abends ist der glänzende Orion im Osten vollständig aufgegangen. Darüber steht der Stier mit den beiden Sterngruppen der Spaden und Plejaden, in der ersten der rote Stern Aldebaran. Weiter nach Norden folgt der Fuhrmann mit Capella, darunter Castor und Pollux, die Zwillinge. Von Capella aus zieht sich die Milchstraße nach dem Perseus, dann zur Cassiopeia, die sich gerade im Zenit befindet, weiter zum Schwan und, die Leier mit der Wega nördlich lassend, zum Adler. In der Richtung nach Norden finden wir das be-

kannte Sternbild des Großen Bären, das jetzt seinen tiefsten Stand hat und daher besonders groß erscheint, über ihm der Kleine Bär mit dem Polarstern. Wandert man den Blick nach Süden, so sieht man den Wolfhisch, darüber Jupiter im Widder sowie den Pegasus und die Andromeda.

Von den Planeten geht Jupiter bereits in den frühen Abendstunden auf. Er steht im Sternbild der Zwillinge, nicht weit von den beiden Hauptsternen Castor und Pollux. Saturn steht dicht bei Regulus im Großen Löwen, sein Aufgang erfolgt vor Mitternacht. Merkur, Venus und Mars sind unsichtbar.

Unter Taagespinnern wandert weiter nach Süden, insofern verfährt sich die Tageslänge weiter um 1 1/2 Stunden. Die Hauptphasen des Mondes sind: Neumond am 3. November, Erstes Viertel am 11., Vollmond am 18., Letztes Viertel am 25. November.

Vom 13. bis 15. November in den Morgenstunden wird voraussichtlich eine größere Anzahl Sternschnuppen — die Leoniden — zu beobachten sein.

Stadtsdorf. Beunruhigende Gerüchte sind hier im Umlauf, nach denen Brotmangel und größere Ernährungs-schwierigkeiten zu erwarten seien. Eine Rückfrage mit dem Gemeindevorsteher hat ergeben, daß diese Gerüchte wirklicher Grundlagen entbehren.

Oldenburg. Der Landtag wurde am Dienstag eröffnet. Der Großherzog führte dabei in einer Rede aus, daß die Zeit verlange, daß das Oldenburger Volk, das bisher schon dank der freiwilligen Gestaltung der grundlegenden Gesetze durch seine Vertreter im Landtag einen weitgehenden Einfluß auf den Ausbau des Staatswesens ausgeübt habe, in Zukunft größeren Anteil an der Beschlussfassung über alle wichtigen Staatsangelegenheiten nehme. Zu diesem Zwecke werde eine ständige Verbindung zwischen Regierung und Landtag herzustellen sein. Der Großherzog denkt dabei in erster Linie an die Schaffung eines ständigen Landtagsausschusses, bestehend aus einer beschränkten Zahl von Mitgliedern, der gemeinsam mit dem Gesamtministerium als einheitliche Behörde über die Landesangelegenheiten zu beschließen haben würde. — Seitens unserer Genossen wird man sich mit diesem Vorhaben nicht begnügen. Unsere Abgeordneten fordern

das Mitbestimmungsrecht bei der Ministerwahl, das Zentrum tritt auch für eine gesunde Demokratisierung ein und die Liberalen sind erst zur Stellungnahme zu den verfassungsmäßigen Fragen zusammengetreten.

Bürger Tafel.

Als Lübeckische Staatsbürger sind angenommen und vereidigt: Maschinemeister Berber, Bahnhofsvorsteher Bode, Bäckergeselle Burwig, Kaufmann Ehlers, Buchdruckergehilfe Fröhling, Zeichenlehrer Hagen, Kaufmann Hahn, Arbeiter Hardt, Sattlermeister Karberg, Monteur Kleinmeyer, Friseur Köhn, Privatmann Krüßfeldt, Postsekretär a. D. Gembde, Gastwirt Lüth, Arbeiter Müller, Werkmeister Möser, Schmiedegeselle Oldenburg, Krankenschwester Peters, Steinseher Peters, Kaufherr Salzenbrecher, Schlossergeselle Schließen, Rechnungsführer Schmidt, Kaufmann Schmidt, Tischlergeselle Schürmann, Arbeiter Schwarz, Arbeiter Simonis, Geschäftsführender Sped., Kattarbeiter Stein, Hafensarbeiter Steffens, Schiffszimmermann Stüff, Kapellmeister Sulante, Arbeiter Teutenberg, Arbeiter Thießen, Arbeiter Töpfer, Kaufmann Uhlisch.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im — Lübecker Volksboten —

HOLSTENHAUS G. m. b. H. Holstenstrasse 25-33 Lübeck

Vorteilhafte Angebote unserer Haushalts-Abteilung:

Glasteller 14 cm Durchm. 18.4	Kaffeekannen farbig 95.9	Straßenbesen 95.9 75.9	Markttaschen 1.95 1.25
Glasschalen 18 cm Durchm. 95.9	Teekannen 1.25 95.9	Handfeger 2.45 1.95	Einholkörbe 2.95 2.45
Glasschalen 20 cm Durchm. 1.10	1 Satz Gemüseschalen 2.25	Staubwedel, Feder 95.9	Spankörbe ca. 40 cm lang 95.9
Bierbecher mit Borden 18.9	Salz- und Mehlmetzen 1.45	Leuwagen 2.95 2.25	Wäschetrockner 3.95
Weingläser 1.25 95.9 85.9	Gemüsetonnen mit Deckel 95.9	Scheuerbürsten 1.95 1.65	Waschbretter 3.95 3.25
Wasserflaschen mit Glas 1.45	Kaffeetassen . . Stück 55.9 42.9	Schmutzbürsten 1.95 1.65	Wäsche-Klammern 10 Stck. 38.9
Große Kuchenteller 2.50 1.85	Kaffeetassen 38.9 28.9	Glanzbürsten 2.05 1.65	Garderobenleiste 2.35 1.75
Butterglocke 1.50	Kuchenteller dekor. 95.9 35.9	Gummischwammbürste 1.75	Wandspiegel 1.45 70.9 28.9
Marmeladendosen 1.35 1.25	Warmkruken 2.95 1.45	Fußmatten 2.45 1.95 1.10	Marktnetze 48.9

Diese Waren sind auf den Auslagetischen gesondert zum Verkauf gestellt!

Infolge Erkrankungen unter unserem Personal muß unsere Geschäftsstelle ab morgen, Freitag, nachmittags von 1 bis 3 Uhr geschlossen bleiben.

Die Geschäftsstelle des „Lüb. Volksboten“.
Johannisstraße 46.

Bekanntmachung
betreffend Fleischverkauf.

In der Woche vom 4. November bis 10. November 1918 wird Fleisch und Fleischwurst ausgegeben, und zwar muß auf jede Fleischkarte Fleisch und Fleischwurst entnommen werden, falls nicht nur Wurst gewünscht wird. Entsprechend dieser Zuteilung ist jede Fleischkarte, die den Aufdruck „No Karte“ trägt, mit 20 Gramm für Fleisch oder 40 Gramm für Fleischwurst zu bewerten.

Lübeck, den 6. November 1918. (5490)
Das Postzeiamt.

Einschränkung der Gaslieferung.

Infolge ungenügender Kohlenzufuhr ist mit einer Einschränkung der Gaslieferung in den nächsten Tagen zu rechnen. Soweit tüchtig, sollen die Tageszeiten, in denen die Lieferung eingestellt wird, vorher bekannt gegeben werden.

Das Publikum wird ermahnt, sich der größten Sparsamkeit im Gasverbrauch zu befleißigen.

Lübeck, den 7. November 1918. (5493)
Die Betriebsbehörde.

Konsumverein für Lübeck und Umg.
e. G. m. b. H.

Achtung! Mitglieder von Stodtelsdorf und Fackenburg!
Bis zum 10. November liegen die Kundenlisten neu aus. Wir bitten unsere wertigen Mitglieder, sich bis dahin wieder eintragen zu lassen, um Störungen in der Abgabe der Waren zu vermeiden.

Liegen die Kundenlisten (5495)

Die Unterzeichneten bringen hierdurch zur Kenntnis, daß wegen Personal- und Lichtschwierigkeiten von

Freitag, den 8. November d. Js.
an ihre Kassen wie im Vorjahre an jedem Werktag

nur von 9-1 Uhr
geöffnet sein werden.

Reichsbankstelle,
Bank für Handel und Gewerbe e. G. m. b. H.,
Commerz-Bank in Lübeck,
Commerz- und Diskonto-Bank Filiale Lübeck,
Dresdner Bank Filiale Lübeck,
Alfons Frank & Co.,
Kolsten-Bank Abteilung Lübeck,
Kreditbank Lübeck e. G. m. b. H.,
Landbank Lübeck e. G. m. b. H.,
Lübecker Privatbank,
Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck,
Spar- und Verschuß-Verein Schwartau,
Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck,
Louis Wolff Kommandit-Gesellschaft. (5497)

Nach kurzer schwerer Krankheit hat meine liebe Frau

Agnes Lindemann
geb. Westphaling
im 41. Lebensjahre.
Betrachtet von (5499)
Heinr. Lindemann
und Angehörigen.
Beerdigung am Montag, dem 11. November, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Borwerth auf.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
e. G. m. b. H.

Die für heute, Donnerstag, d. 7. November und morgen, Freitag, dem 8. November, eintreffenden Veranlassungen für die Warenabgabe stellen in der Kronenstraße Allee und St. Lorenz-Süd finden

nicht statt.
Der Vorstand. (5496)

Gewerkschafts-Kartell, Lübeck.

Morgen, Freitag, den 8. November
abends 8 Uhr

Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Wichtige Tagesordnung.

Zu dieser Versammlung haben sämtliche hiesige Betriebe Vertreter zu entsenden. Außerdem sind die Gewerkschaftsvorstände hiermit eingeladen.

Die Kartellkommission.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (5488)

Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab. Sparv. Lübeck.

E.-K.-Diele.
Gemütlicher Frühstückst.- u. Nachmitt.- u. Abendessen.

Kaninchenzucht-Verein
für Lübeck u. Umgegend von 1895.

Monatsversammlung
am Sonnabend, d. 9. November abends 8 Uhr pünktl. im Vereinslokal, Lindenstr. 13. Auszahlung der Preise und Verkaufsgelder. Gäste willkommen!
Der Vorstand. (5494)

Hausa-Theater.
Freitag abend 7 Uhr:
Polenblut.
Operette von Oskar Nedbal.
Sonnabend und Sonntag:
Hanni geht tanzen.
Operette von Edmund Eißler.

Stadtheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19.
Donnerstag, den 7. November
Frühlings Erwachen
Eine Kindertragödie von Frank Wedekind.
Anfang 7 Uhr.
4. Vorstellung für die Schauspielergemeinde.
Grüne Karten.
Freitag, den 8. November
Fidelio.
Sonnabend, den 9. November
Nachmittags 8 Uhr.
Der Hüttenbesitzer
Kleine Preise.
Abends 7 Uhr
Martha.



